

Leipold, Alexander

**Book Review — Published Version**

[Rezension] Leendertz, Ariane (2022): Der erschöpfte Staat. Eine andere Geschichte des Neoliberalismus

Politische Vierteljahresschrift

**Provided in Cooperation with:**

Springer Nature

*Suggested Citation:* Leipold, Alexander (2024) : [Rezension] Leendertz, Ariane (2022): Der erschöpfte Staat. Eine andere Geschichte des Neoliberalismus, Politische Vierteljahresschrift, ISSN 1862-2860, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden, Vol. 65, Iss. 4, pp. 831-834, <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00565-8>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/315602>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



## **Leendertz, Ariane (2022): *Der erschöpfte Staat. Eine andere Geschichte des Neoliberalismus***

**Hamburg: Hamburger Edition. 480 Seiten. 40,00 €**

**Alexander Leipold**

Angenommen: 31. Juli 2024 / Online publiziert: 19. August 2024  
© The Author(s) 2024

Die Autorin legt eine zeitgeschichtliche Studie über schwindende Leistungsfähigkeit des Staates vor dem Hintergrund der neoliberalen Transformation von Staatlichkeit vor. Unter Neoliberalismus versteht *Leendertz* ein System von Überzeugungen und Politikinstrumenten (Steuersenkung, Deregulierung u. a.), das auf eine Machtverschiebung zwischen Staat und Unternehmen zielt (S. 25–26). Die Arbeit reiht sich in die wachsende Literatur zur Geschichte und Soziologie neoliberalen Denkens ein und illustriert dies am Beispiel der „Urban Policy“ (Stadt- und Raumpolitik) in den Vereinigten Staaten zwischen den Jahren 1965 und 2000. Übergreifende Fragen des Buches sind Implementationsprobleme politischer Programme und der Verfall des Planungsdenkens in Politik und Wissenschaft. Letzteres sei nach *Leendertz* in der jüngeren Geschichtsforschung ein „wenig beachtetes und theoretisch unterdeterminiertes Feld“ (S. 433). Die Autorin hat sich durch wissenschaftsgeschichtliche Arbeiten einen Namen gemacht und versteht ihre Arbeit als „historische Politikfeldanalyse“ (S. 31). Die am US-Beispiel gewonnenen Einsichten sind auf andere föderative Staaten übertragbar, insbesondere die Frage, wie die Verteilung von Fördermitteln im Bundesstaat über den Erfolg von politischen Programmen mitentscheidet (S. 29–30). Das eloquent geschriebene Buch, das auf Archivarbeit und der Auswertung von Primärquellen basiert, ist eine gewinnbringende Lektüre für Interessierte in Policy- und Verwaltungsforschung, aber auch der Politischen Ideengeschichte.

*Leendertz* gliedert ihre Argumentation in drei Teile: Einleitung und Schluss setzen den konzeptionellen Rahmen und weisen Implikationen der Studie auf. Die Kapitel 1 bis 3 (S. 37–152) betten das Problem politischer Planung in den Nachkriegsdiskurs über Komplexität und Regierbarkeit westlicher Demokratien ein. Die Kapitel 4 bis 8 (S. 153–424) illustrieren den Wandel des Politikfelds der Urban Policy und den Ver-

---

✉ Alexander Leipold  
Universität Hamburg, Hamburg, Deutschland  
E-Mail: alexander.leipold@uni-hamburg.de

fall des Planungskonzepts entlang unterschiedlicher US-Administrationen zwischen den 1960er- und den 1990er-Jahren. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf den ideologischen Differenzen der Regierungen Carter (1976–1980) und Reagan (1981–1988). Die Autorin setzt die Darstellung mit Lyndon Johnsons „Great-Society“-Programm Mitte der 1960er-Jahre ein. Die US-Großstädte wurden zum Brennpunkt sozialer Konflikte; Regierung und Sozialwissenschaften erkannten in Armut und Segregation soziale Probleme, die mit allen verfügbaren Mitteln kuriert werden sollten (S. 41). *Leendertz* beschreibt diese wissenschaftlich angeleitete Sozialreform als „solutionism“ (S. 10) – Harold Laswell wird als ihr Stichwortgeber vorgestellt (S. 73). Angesichts ausbleibender Erfolge wurde der Lösungsanspruch der Politik von einer neuen Generation an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Zweifel gezogen. Der Begriff der Komplexität, der in Kybernetik, Operationsforschung und Militär verbreitet war, wurde in den „Policy Sciences“ rezipiert und führte zur Distanzierung vom Problemlösungsanspruch (Kap. 2, S. 79–81). Zur Untermauerung ihres Arguments bezieht *Leendertz* Debattenbeiträge aus der zeitgenössischen Architekturtheorie und Klimamodellierung heran (S. 88); beide hätten die Annahme der Linearität sozialen Handelns infrage gestellt. Politische Probleme seien vielschichtig und dynamisch und nicht durch konkrete Einzelmaßnahmen mit begrenztem Zeithorizont innerhalb von Wahlperioden zu lösen (S. 99). Die Policy Sciences formulierten jedoch keinen eigenen Zugriff auf die Thematik (S. 134). Diese Lücke, so wird in Kapitel 3 argumentiert, hatte Auswirkungen auf die Politikberatung und den Krisendiskurs über die Unregierbarkeit westlicher Demokratien (S. 137).

Die Kapitel 4 bis 8 beschreiben die neoliberale Transformation der US-Stadtplanung. Ausgangspunkt bildet die Diagnose einer „Urban Crisis“ als Folge der Wirtschaftskrise der frühen 1970er-Jahre. Mit dem Abbau von Industriearbeitsplätzen und der Ausweitung des Dienstleistungssektors veränderten sich regionale Produktions- und Siedlungsstrukturen. Arbeitslosigkeit, Vietnamkrieg und die Watergate-Affäre um Johnsons Amtsnachfolger Richard Nixon riefen Skepsis gegenüber der Politik hervor. Dennoch gewann der Demokrat Jimmy Carter die Präsidentschaftswahlen 1976 nur knapp. Vor allem die weiße und mobile Mittelklasse verlor zunehmend das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Die Planungsskepsis wirkte sich auch auf die Stadtplanung aus: So berief Carter mit der Bürgerrechtlerin Patricia Roberts Harris die erste Afroamerikanerin in ein Ministeramt auf Bundesebene (S. 185). Doch Carters Entscheidung war vorrangig wahltaktisch geprägt, denn die einflussreiche U.S. Conference of Mayors, die seinen Wahlkampf unterstützte, forderte einen erfahrenen Kommunalpolitiker im Ministeramt (ebd.). Die im Wahlkampf von Carter angekündigte Wiederauflage der reformorientierten Stadtplanung fand nicht statt. Ungeklärte Zuständigkeiten und Kompetenzkonflikte in der Administration verhinderten die Strategiefindung. Nach langwierigen Beratungen zwischen verschiedenen Gruppen einigte man sich in der Administration auf einen Maßnahmenkatalog mit 150 Punkten, darunter Programme zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, des Umweltschutzes und Wiederbelebung von Stadtparks in unterprivilegierten Vierteln (S. 242–243). Carter, der den Staatshaushalt konsolidieren wollte, bekannte sich widerwillig zu den Zielen, die dann nicht umgesetzt wurden. Und im Vergleich zu Johnson setzte die Carter-Administration vorrangig

auf Arbeitsförderung, auch durch Public-Private-Partnerships, und nicht mehr auf die Verringerung von Ungleichheit.

Ende der 1970er-Jahre erlangten regionale Steuerprotestbewegungen nationale Aufmerksamkeit (S. 248). So auch in Kalifornien um den republikanischen Gouverneur Ronald Reagan. Reagan, noch 1976 im parteiinternen Rennen um die Präsidentschaftskandidatur unterlegen, wittert seine Chance. Nach der Wahlniederlage Carters vollzog Reagan, was im wissenschaftlichen und politischen Diskurs vorgezeichnet, aber erst von den zahlreichen neu etablierten neoliberalen Think-Tanks radikalisiert worden war (Kap. 6). Mit Steuersenkung und selektiven Ausgabenkürzungen baute Reagan die Prioritäten des aktiven Staates um: Sozialhilfe und sozialer Wohnungsbau wurden gekürzt, die Militärausgaben erhöht und aller Rhetorik vom „schlanken Staat“ zum Trotz die Staatsschulden bis zum Ende der 1980er-Jahre verdreifacht (S. 270–271). Dezidiert neoliberale Politikinstrumente wie sogenannte „enterprise zones“ mit geringer Regulierung und ausbleibenden Dokumentationspflichten wurden zwar öffentlich beworben (S. 294). Da sich Reagan die Loyalität der Republikaner auf verschiedenen Ebenen sichern wollte, wurden diese nach Widerständen gegen die Kürzung von Bundesmitteln allerdings nicht konsequent verfolgt (S. 306). Reagan legitimierte seinen Politikanspruch mit ökonomischen Argumenten, die von der Public-Choice-Schule gegeben wurden, wie die Autorin in Kapitel 7 zeigt. Der öffentliche Sektor wurde diskreditiert und kommunale Dienstleistungen unter Monopolverdacht gestellt, um „dem Staat alle negativen Eigenschaften zuzuschreiben“ (S. 313).

Der räumliche Strukturwandel, der die boomenden Regionen in Kalifornien und der Atlantikküste begünstigte, verstärkte die Umorientierung, deren Fernwirkungen die Autorin in Kapitel 8 am Beispiel der Clinton-Administration aufweist. Denn eine Rückbesinnung auf die „Great Society“ erfolgte auch unter den Demokraten nicht. Vielmehr stützte sich die Partei, getragen vom maßgeblichen Parteiflügel der „New Democrats“, auf die Philosophie des New Public Management und forderte die Mittelempfänger zu engmaschigem Monitoring und betriebswirtschaftlichem Controlling der Mittelverwendung auf (S. 390). Der Wahlerfolg der Republikaner bei den Kongresswahlen im Jahr 1994 verringerte verbliebenen Handlungsspielraum und zeigte nach *Leendertz* die Relevanz von Parteien als institutionelle Vetospieler auf (S. 401). In der Stadtpolitik setzten sich neoliberale Ideen durch, indem der Bau von Gewerbeimmobilien, vorrangig teuren Bürokomplexen gefördert wurde, was die Mieten in den angrenzenden Stadtquartieren nach oben trieb. Angesichts stagnierender Durchschnittseinkommen und unverändert hoher Arbeitslosigkeit verschärfte dies die Ungleichheit. Wer nicht im IT- oder Finanzsektor arbeitete, hatte das Nachsehen. *Leendertz*' Studie betont damit auch Kumulation politischer Probleme (S. 368), da einmal preisgegebene Handlungskapazität des Staates nicht über Nacht reaktiviert werden kann. Im Ergebnis diagnostiziert die Autorin eine Ökonomisierung der Stadtplanung und eine Diskreditierung des normativen Selbstverständnisses der Policy Sciences (S. 422). Doch um diese Aussage zu verallgemeinern, so *Leendertz*, seien Untersuchungen weiterer Staaten und Politikfelder nötig (S. 433). Diese Untersuchungen sollten den Wandel von Institutionen und Ideen gleichermaßen problematisieren (ebd.). Genau dies, so mag man ergänzen, ist das Programm

der jüngeren Forschung zum neoliberalen Denkkollektiv, an die man sich bei der Lektüre einen stärkeren Anschluss wünschen würde.

Ungeachtet der genannten Desiderata drängen sich einige tentative Schlüsse auch für die Bundesrepublik Deutschland auf. Immerhin ist föderale Politikverflechtung ein seit Langem anerkannter Erklärungsfaktor von „Immobilismus“ der Bund-Länder-Beziehungen. So hat jüngst das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) den kommunalen Investitionsbedarf für Verkehrsinfrastruktur in Deutschland auf gut 370 Mrd. € bis zum Jahr 2030 geschätzt. Laut Difu seien die meisten öffentlichen Verkehrswege heute in einem schlechteren Zustand als vor zehn Jahren. Dies ist eine geeignete Ausgangsbedingung für öffentliche Nachfragepolitik, zumal in der Rezession. Diese Nachfragepolitik müsste der Föderalismusliteratur zufolge sogar auf Befürwortung treffen, da im Sinne des politischen Konjunkturzyklus Mittel zwischen den politischen Ebenen verteilt und alle besser gestellt werden. Doch Austeritätspolitik behält hierzulande auch in der Rezession – und im augenfälligen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten – die Oberhand. Gerade dies könnte die Bedeutung neoliberaler Ideen im politischen Diskurs unterstreichen. Hierfür wäre es nötig, stärker auf nationale Varianten neoliberaler Ideen einzugehen. Denn ein Kerngedanke der neueren Forschung ist die Vielgestaltigkeit des Neoliberalismus, der keineswegs auf einen erschöpften, das heißt, handlungsunfähigen Staat setzt. Folgt man den Arbeiten von Philip Mirowski, Dieter Plehwe oder Melinda Cooper, ist der Einsatz staatlicher Macht zur Sicherung des Marktes vor redistributiven Eingriffen des demokratischen Gesetzgebers ein Charakteristikum neoliberaler Politik. Nachfragepolitik ist ein solcher Eingriff und wird daher trotz erwartbarer Effekte auf regionales Wirtschaftswachstum und Beschäftigung abgewiesen. Erschöpft hat sich demnach nicht der Staat, wohl aber die Utopie der Umverteilung im demokratischen Kapitalismus, wie Habermas Mitte der 1980er-Jahre antizipierte.

**Funding** Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

**Open Access** Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

**Hinweis des Verlags** Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.